

## Stellungnahme

# Vorschlag zur Einrichtung des Just Transition Fund (JTF)

Stellungnahme des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)

Berlin, 30. April 2020

*Gemäß dem Vorschlag der Europäischen Kommission zum "European Green Deal" vom 11. Dezember 2019 sind jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Milliarden Euro erforderlich, um die aktuellen Klima- und Energieziele für 2030 zu erreichen. Entscheidend dabei ist, einen sozial gerechten Übergang anzustreben, um die notwendige Unterstützung für die Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft zu erreichen. Zeitabhängige Variablen müssen Berücksichtigung finden, indem unterschiedliche Ausgangspunkte und Herausforderungen bei der Dekarbonisierung zwischen den Mitgliedsstaaten einbezogen werden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) begrüßt das Ziel, die Transformation auf regionaler Ebene durch die Bereitstellung von Finanzmitteln über den Just Transition Fund (JTF) voranzutreiben und zu gewährleisten, dass für jeden investierten Euro der größtmögliche Klimaschutz realisiert wird. Viele Regionen in der Europäischen Union und in Deutschland würden von der Förderung eines sozial, technologisch und wirtschaftlich gerechten Übergangs erheblich profitieren würden.*

#### Der JTF sollte sich von anderen europäischen Programmen zur Förderung regionaler Entwicklung oder sozialer Gerechtigkeit unterscheiden

Der BDEW befürwortet die derzeit geplante Methode der Mittelvergabe, einschließlich der Absicht einer Begrenzung des Transfers von Geldern eines Mitgliedstaates aus seiner EFRE- und ESF+-Zuweisung auf maximal 20 Prozent pro Fonds. Der Just Transition Fund muss sich auf Regionen konzentrieren, die von der Energiewende am stärksten betroffen sind und sein werden und einen besonders langen Weg zur Transformation ihrer lokalen Wirtschaft vor sich haben. Wir möchten allerdings betonen, dass, um die öffentliche Akzeptanz des JTF zu stärken, eine Kannibalisierung zwischen den Förderprogrammen vermieden werden sollte. Darüber hinaus ist ein erheblicher Eigenbeitrag der nationalen Regierungen für den Erhalt von JTF-Mitteln erforderlich, um eine nachhaltige Wirkung der eingesetzten Finanzmittel zu erreichen. Damit die Kontinuität und Langfristigkeit der Ergebnisse gewährleistet werden kann, sprechen wir uns für die Verlängerung des JTF nach 2027 im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 aus.

#### Die Zuteilungsmethode muss eine Obergrenze beinhalten und die in der Vergangenheit unternommenen Anstrengungen berücksichtigen

Die Verteilungsmethode ist grundsätzlich ausgewogen und berücksichtigt verschiedene Ausgangspunkte. Nichtsdestotrotz möchten wir die Notwendigkeit einer Obergrenze sowie die Berücksichtigung bereits unternommener Anstrengungen hervorheben. Im Falle einer Erhöhung des Gesamtbudgets empfehlen wir eine anteilige Obergrenze (von derzeit 26 Prozent des Gesamtbudgets). Dies wird die Akzeptanz des Instruments stärken, da so möglichst viele Mitgliedsstaaten von der Finanzierung profitieren und kein einzelner Mitgliedsstaat unverhältnismäßig Nutzen vom JTF erzielt. Weiterhin fordern wir, dass alle von den Mitgliedsstaaten bereits unternommenen Anstrengungen zur Transformation ihrer Energiesektoren anerkannt werden. Da der Anteil der Beschäftigung im Bergbau sowie in den Kohleindustrien ein Allokationsfaktor

ist, schlagen wir vor, den ursprünglichen Zustand anzuerkennen und bspw. das Basisjahr 1990 als Berechnungsgrundlage für den Anteil der Beschäftigung im Bergbau sowie in den Kohleindustrien zu nutzen, da dieses Jahr ebenso als Referenz für die klimapolitischen Ziele der EU dient.

#### Der Fokus auf Regionalität sollte in kleinem Maßstab erfolgen, sodass die Mittel dort ankommen, wo sie benötigt werden

Für die Zuordnung von Finanzmitteln für spezifische Initiativen ist eine stark regionale Ausrichtung wesentlich. Damit die Wirkung der Fördermittel in der beabsichtigten Weise eintritt, die spezifischen Effekte der Energiewende auf regionaler Ebene abzufedern und die Empfänger zu erreichen, die es am meisten benötigen, befürworten wir das Ziel, Regionen zu bestimmen, die mindestens der NUTS-Ebene 3 entsprechen. In besonderen Fällen aufgrund starker regionaler Unterschiede kann es erforderlich sein, den Maßstab noch weiter zu reduzieren, wofür die Möglichkeit bestehen sollte. Wir sehen jedoch die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Strategie und fordern die Kommission und alle betroffenen Mitgliedsstaaten auf, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um die Transformation effizient und effektiv zu gestalten. Darüber hinaus empfiehlt der BDEW die JTF-Mittel zu verwenden, um Beschäftigungsmöglichkeiten in den betroffenen Regionen zu schaffen, nicht nur in geographischer Nähe, sondern vor allem in energiebezogenen Industrien. Daher befürworten wir die Absicht Ausbildungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen.

#### KMU sind wichtige Stakeholder auf regionaler Ebene, Großunternehmen spielen eine bedeutende Rolle für Forschung und Entwicklung

Große Unternehmen gehören zahlenmäßig zu den größten Arbeitgebern und engagieren sich oft in Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für neue Technologien. In vielen betroffenen (und ländlichen) Regionen stellen KMU den Großteil der öffentlichen Dienstleistungen bereit und gehören zu den größten Arbeitgebern. Häufig fehlt es KMU jedoch an erforderlichen Mitteln für Investitionen in neue Produktentwicklungen. Daher ist der KMU-Fokus des JTF ein wesentlicher Bestandteil des Förderkonzepts und sollte nicht verwässert werden. Ergänzend empfehlen wir großen Unternehmen Zugang zu Finanzmitteln zu gewähren, unabhängig von Netto-Arbeitsplatzverlusten, welche speziell für die Zwecke der Forschung und Entwicklung genutzt werden sollten, um Impulse für technische Innovationen zu geben. Darüber hinaus bedeutet die Beantragung von europäischen Fördermitteln für KMU oft eine höhere Arbeitsbelastung, da sie im Vergleich zu Großunternehmen eine geringere Personalstärke aufweisen. Zur Vereinfachung der Prozesse empfehlen wir daher alle Fragen im Zusammenhang mit nationalen Gesetzen in einer Vorphase des JTF zu klären und mit den Regeln für staatliche Beihilfen in Einklang zu bringen.

Die Berechtigungskriterien für kommunale Unternehmen, um von europäischen Förderungen zu profitieren, müssen angepasst werden

Wesentlich für deutsche KMU ist die Berechtigung Fördermittel zu beantragen. Dementsprechend ist es notwendig die europäische KMU-Definition anzupassen: In Deutschland sind die meisten KMU im Energiesektor kommunale Versorgungsunternehmen. Der Großteil von ihnen hält einen kommunalen Anteil von über 25 Prozent und disqualifiziert sich somit nach der derzeitigen europäischen KMU-Definition für spezifische KMU-Fonds gemäß der aktuellen KMU-Definition, wie sie von europäischen Institutionen angewendet wird. Da kommunale Unternehmen insbesondere auf regionaler Ebene eine entscheidende Rolle in der deutschen Energiewende spielen, müssen Kriterien für KMU herangezogen werden, die sich nicht auf den kommunalen Anteil eines Unternehmens beziehen.

Der JTF als Wegbereiter für erneuerbare Energien, Netzinfrastruktur und technische Innovation

Neben der Abfederung der sozialen Folgen der Energiewende in den Regionen, möchten wir hervorheben, dass Investitionen in Innovation gefördert werden müssen. Während des gesamten Transformationsprozesses im Energiesektor muss sichergestellt werden, dass die Versorgungssicherheit erhalten bleibt, indem z.B. die Entwicklung erneuerbarer Energien, technische Innovationen, die Umstellung der Fernwärme auf erneuerbare Quellen sowie die Umstellung der Gasinfrastruktur auf den Einsatz von Wasserstoff unterstützt werden. Wir fordern, dass der JTF auch solche Maßnahmen unterstützt, die unerlässlich für ein funktionierendes System sind und hohe Investitionskosten für die betroffenen Unternehmen bedeuten. Darüber hinaus wird es dazu beitragen, regionale Arbeitskräfte im Energiesektor zu halten.

**Kontakt:**

Nora Nording  
Telefon: +49 30 300199-1718  
Email: nora.nording@bdew.de

Tobias Rammel  
Telefon: +49 30 300199-6115  
Email: tobias.rammel@bdew.de